Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf "Mehr" klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (WL)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Ökonomenstreit
2. Gregor Gysi: Was für eine Krise ist die Euro-Krise?
3. Das Europäische Parlament sollte den Fiskalvertrag vor den EuGH bringen
4. Nouriel Roubini: "Ich gebe dem Euro noch drei bis sechs Monate"
5. Ulrike Herrmann: Geheimsache Haftung
6. Die USA haben ein neues Einfallstor in die Schweiz
7. Bundestag beschließt umstrittenes Meldegesetz in 57 Sekunden
8. Rürup kritisiert DGB-Rentenpläne
9. Was ist uns Pflege wert? Immer mehr unterfinanzierte Leiharbeiter in Pflegeberufen
10. „Vater der Methode ist sicher der Wunsch, die Statistik zu schönen"
11. Bestechliche Beamte
12. Experten befürchten Chaos beim Einschreiben
13. Michael Hartmann: Exzellenzinitiative: „Vorn liegen die üblichen Verdächtigen"
14. Syrien – tödliche Sackgasse?
15. Assad weist alle Schuld von sich
16. Zu guter Letzt: Den Banken

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Ökonomenstreit**
    1. **Ökonomenstreit droht zu eskalieren**
    Die Fronten im Ökonomenstreit um eine europäische Bankenunion verhärten sich. Am Freitag veröffentlichten 15 renommierte Ökonomen einen weiteren Gegenaufruf zum Vorstoß der mittlerweile rund 190 Volkswirte um Ifo-Chef Hans-Werner Sinn – und gehen damit auf Konfrontationskurs zu diesen Wirtschaftswissenschaftlern. "Eine Bankenunion kann den Zusammenhalt der Währungsunion sichern. Deshalb plädieren die Unterzeichner dafür, tragfähige einheitliche Strukturen auf europäischer Ebene zu schaffen mit denen die Kreditversorgung von der Finanzierung der Nationalstaaten entkoppelt wird", schreiben die Makroökonomen und Bankexperten, die zu den Schwergewichten

der Zunft in Deutschland gehören.
Unterzeichnet haben unter anderem Dennis Snower, Chef des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, und Michael Burda, Vorsitzender des Vereins für Socialpolitik (VfS).
Quelle: FTD

2. **Keine Schreckgespenster!**
In einer solchen Situation kann es nicht die Aufgabe von Ökonomen sein, mit Behauptungen, fragwürdigen Argumenten und in einer von nationalen Klischees geprägten Sprache die Öffentlichkeit durch einen Aufruf weiter zu verunsichern. So werden in diesem Text insbesondere Ängste und Emotionen vor einer Bankenunion geschürt, ohne dass dies mit den erforderlichen Fakten unterlegt wird…
Der Aufruf baut ein Schreckgespenst auf und schürt Furcht. Der Öffentlichkeit, die nach Orientierung verlangt, und der Politik, die in schwierigen Entscheidungssituationen Kurs zu halten sucht, wird damit nicht geholfen. Es wird Schaden angerichtet für die politische Gestaltungsfähigkeit wie für das Ansehen unseres Fachs. Wirtschaftswissenschaftler sollten vielmehr bereit sein, mit konstruktiven Lösungsvorschlägen ihre Bringschuld gegenüber Gesellschaft und Politik zu erfüllen.
Quelle: Handelsblatt

Anmerkung WL: *Der Gegenaufruf zum Aufruf der Ökonomen, die die Rückkehr zur D-Mark bzw. eine Lega Nord in Europaanstreben, geht leider gleichfalls an den Ursachen der Euro-Krise vorbei. Auch dort werden die „Wurzeln" der „systemischen Krise" am Symptom der „Staatsschulden und unterkapitalisierten Banken" ausgemacht, statt dass die Ursachen in der fehlenden Regulierung der Finanzmärkte und am deflationären Austeritätskurs als Mittel zur Bekämpfung der der Krise gesucht werden. Siehe auch „Die wilde Debatte der Professoren um den letzten EU-Gipfel lenkt ab vom Wesentlichen."*

3. **Rudolf Hickel: „Der Text ist ein richtiges Ärgernis."**
Frau Merkel hat im Gegenteil eine wirklich konsequente Bankenunion verhindert. Die würde nämlich beinhalten, dass die Großbanken schrumpfen, bestimmte Geschäfte verboten werden, eine umfassende Einlagensicherung und eine zentrale Bankenaufsicht
installiert wird und notleidende Institute knallhart umstrukturiert werden. All das erst würde die Bevölkerung wirksam gegen Risiken abschirmen. Aber das wenige, was in diese Richtung in Brüssel angedacht wurde, wollen Sinn und

Konsorten platt machen…
Sinn redet nicht vom Verbot von Eigenhandel, mit dem Banken ohne Kundenbezug in die eigene Tasche wirtschaften, und auch nicht davon, diese abenteuerlichen Spekulationsinstrumente abzuschaffen…
Sinn und seine Truppe dagegen missbrauchen und verzerren wohlbegründete linke Positionen, nur um zur D-Mark zurückzukehren.
Quelle: junge Welt

4. **Ulrike Herrmann: Das Ende der Wahrheiten**
   Endlich! Die Zunft der Volkswirte streitet sich mit voller Wucht und in allen Medien. Das ist heilsam für Deutschland. Denn damit erledigt sich das gern gehegte Selbstbild der Ökonomen, sie würden eine Art Naturwissenschaft betreiben, die „Wahrheiten" zu verkünden hat. Stattdessen zeigt der Streit, wohin die Ökonomie gehört: Sie ist eine Sozialwissenschaft, die stets mehrere Interpretationen für das gleiche Phänomen liefert.
   Diese Einsicht ist wichtig. Denn damit wird offenbar, was hinter all den mathematischen Formeln und der naturgesetzlichen Scheinobjektivität stets verborgen werden sollte: Volkswirtschaftliche Theorien sind immer von Interessen geleitet. Sie sind ein Teil im Kampf um Macht – und um die Verteilung von Einkommen.
   Quelle: taz

2. **Gregor Gysi: Was für eine Krise ist die Euro-Krise?**
   Durch Inkrafttreten des Fiskalpakts müsste in Deutschland schneller und radikaler in den öffentlichen Haushalten gekürzt werden. Das liegt daran, dass die bisherigen Vorgaben der deutschen Schuldenbremse von den Ländern erst 2020 und vom Bund 2016 hätten eingehalten werden müssen. Diese Übergangsregeln würden durch den Fiskalvertrag wegfallen. Die neue Schuldenbremse gilt gleich. Zweitens enthält die deutsche Schuldenbremse keine 1/20-Regel zum Abbau bestehender Schulden. Deutschland liegt rund 20 Prozentpunkte über dem im Fiskalvertrag festgelegten Richtwert.
   Das erfordert zusätzliche Kürzungen. Drittens sind die Möglichkeiten, aus konjunkturellen Gründen vom Neuverschuldungsverbot abweichen zu können, im Fiskalpakt
   deutlich eingeschränkt worden. Viertens umfasst der Fiskalpakt auch die Kommunen. Insgesamt müsste Deutschland bei Inkrafttreten des Fiskalpakts mindestens rund 25 Milliarden Euro pro Jahr zusätzlich einsparen, um den Schuldenabbau erreichen zu können. Das entspricht ungefähr der kompletten Summe, die der Bund jährlich für Hartz
   IV ausgibt. Natürlich kann die Wirtschaftsleistung wachsen, so dass sich die Summe

reduzierte. In Zukunft ist das aber nicht einschätzbar. Ein gewaltiges Risiko bleibt. Niemand
aus der Regierung sagt, wie und wo die Einsparung erfolgen soll…
Durch die Beschränkung, eigentlich Kappung des eigenständigen Haushaltsrechts der Parlamente, beraubt sich die Bundesrepublik eines der zentralen Elemente einer demokratischen und sozialstaatlichen Verfassung…
Staatsverschuldung ist aus anderer Sicht allerdings ein Problem. Sie trägt zur privaten Aneignung des Reichtums, also einer sozial ungerechten Verteilung des Nationaleinkommens bei. Von den 73 Milliarden Euro, die aus dem ersten „Hilfspaket" an Griechenland ausgezahlt worden sind, flossen seit April 2010 rund 70 Milliarden direkt in die Hände von Banken und anderen privaten Gläubigern. Verschärfend kommt hinzu, dass die Kredite der EU an Kürzungsprogramme geknüpft sind, die die griechische Bevölkerung für ihre angebliche „Rettung" teuer bezahlen muss. Resultat: Die Jugendarbeitslosigkeit liegt bei über 50 Prozent und die Wirtschaft ist inzwischen um rund 20 Prozent eingebrochen. Ein sinnloses Opfer, denn durch Rezession und gesunkene Steuereinnahmen ist die Verschuldung des griechischen Staates weiter gestiegen und die Rückzahlung der Darlehen nur durch die Aufnahme neuer Kredite überhaupt denkbar.
Quelle: Linksfraktion

Anmerkung WL: *Eine lesenswerte und verständliche Darstellung des Fiskalpakts und des ESM sowie einer Krisenanalyse und Lösungsstrategien aus der Krise aus linker Sicht.*

3. **Das Europäische Parlament sollte den Fiskalvertrag vor den EuGH bringen**
Die Debatte über die Rechtmäßigkeit des Fiskalvertrages wird derzeit vornehmlich als Streit um die Deutung des Grundgesetzes und nicht als europäische Diskussion über soziale Gerechtigkeit und Demokratie geführt.
Dass der Vertrag die Austeritätspolitik mit einer Ewigkeitsgarantie versieht, die demokratische Disposition über die Finanzpolitik einschränkt und die sozialen Rechte untergräbt, ist aber nicht nur im Hinblick auf die Grundsätze des nationalen Verfassungsrechts problematisch. Denn auch auf der europäischen Ebene erodieren die Grundlagen sozialer Demokratie, so wie sie in den europäischen Verträgen und der europäischen Grundrechtecharta zum Ausdruck kommen.
Die einseitige Konzentration auf die Verfeinerung nationaler Schutznormen gegen ein unsoziales Europa, widmet der Frage nach den sozialen und demokratischen Grundlagen der EU selbst, bislang nicht hinreichend Aufmerksamkeit. Es drohen etatistische Verteidigungskämpfe, die die Bestandswahrung nationaler

Sozialstaatlichkeit gegen europäische Solidaritätszumutungen ins Zentrum der Diskussion stellen.
Quelle: Verfassungsblog

4. **Nouriel Roubini: "Ich gebe dem Euro noch drei bis sechs Monate"**
   Im Handelsblatt vom 6.7.2012 (nur im Abonnement) zeichnet der US-Ökonomom ein düsteres Bild über die Zukunft des Euro: Mit dem letzten EU-Gipfel sei wieder einmal nur Zeit erkauft worden. Es werde immer klarer, dass der derzeitige Ansatz nicht zu einem stabilen Gleichgewicht führe. Entweder man bekäme eine Fiskal-, Banken- und Transferunion – oder der Euro löse sich auf.
   Wenn Italien und Spanien keinen Zugang mehr zu den Kapitalmärkten hätten, habe Deutschland nur die Alternative: entweder völlige Integration oder die Troika übernehme das Szepter. In den betroffenen Ländern würde man sich dann aber wie ein Sklave der Troika vorkommen.
   Wenn Deutschland nicht einlenke, drohe eine Krise. Wenn in der Peripherie die Zinsen von drei auf sechs Prozent anstiegen, werde alles, was man an Schulden abbaue, durch erhöhte Zinszahlen zunichte gemacht. Die Zinsen seien so hoch, weil zuviel gespart werde, der Euro zu stark sei und die Banken in den südlichen Ländern der Euro-Zone zu wenig Kredite vergäben. Wenn alle Sparbemühungen durch steigende Zinslasten zunichte gemacht würden, machten sie keinen Sinn mehr.
   Der größte Verlierer einer Euro-Aufspaltung wäre Deutschland. Deutschland hätte auf einmal eine viel stärkere Währung, die Exporte knickten ein und die Länder mit Drachme, Lira oder Escudo könnten ihre Schulden gegenüber Deutschland nicht mehr begleichen. Deutschland hätte zwar die Schuldscheine in Euro, die sich aber über Nacht verdoppelt oder verdreifacht hätten. Die Länder würden die Zahlungen einstellen. Bei einer stark aufgewerteten D-Mark würde der wahre Wert der Schuldenaußenstände dramatisch fallen.
   Deutschland sei mitschuldig an der Euro-Krise, es habe um jeden Preis seine Exporte absetzen wollen, egal ob sich das jeweilige Land das leisten konnte oder nicht. Deutschland hätte seine Interessen verfolgt und die Augen verschlossen.
   Im nächsten Jahr könne es zum perfekten Sturmkommen: Die Euro-Zone könne sich auflösen, die USA die Fiskalklippe hinunterfallen, Chinas Wachstum abrupt schwächer werden, wie schon in Brasilien oder Indien.
   Quelle: Handelsblatt vom 6.7.2012 (nur im Abonnement)

   Siehe aber dazu auch das Interview mit Roubini „Griechenland droht der perfekte Sturm".

5. **Ulrike Herrmann: Geheimsache Haftung**

Geheimpapier – das klingt gut. Was geheim ist, muss wichtig sein. Und so zirkulierte in der vergangenen Woche ein „Geheimpapier“ des Bundesrechnungshofes, in dem zu lesen stand, dass der Bund inzwischen für mindestens 310,3 Milliarden in der Eurokrise haftet…
Vor lauter Aufregung über dieses angebliche „Geheimpapier“ ging die entscheidende Frage unter: Was bedeutet es eigentlich, dass Deutschland offiziell für mindestens 310,3 Milliarden Euro haftet? Denn Haftung kann ja recht folgenlos sein, wie alle wissen, die schon mal an einer Baustelle das Schild „Eltern haften für ihre Kinder“ gelesen haben…
Es wäre daher Zeit, diese Logik umzudrehen – und das Haftungsrisiko zu senken, indem man die Haftung ausweitet. Die Lösung wäre denkbar schlicht: Der EZB müsste gestattet sein, die Staatsanleihen von Italien und Spanien aufzukaufen. Prompt würden die Zinsen sinken und auch die Kapitalflucht enden. Die Pleite von Staat und Banken wäre abgewendet. Und wo kein Bankrott ist, da ist auch kein Risiko. Wäre doch schön für Deutschland.
Quelle: taz

6. **Die USA haben ein neues Einfallstor in die Schweiz**
Liechtenstein hat das Bankgeheimnis für US-Bürger vollständig aufgehoben. Die Amerikaner erhalten damit Zugang zu Dokumenten, die auch Schweizern gefährlich werden können.
Nun aber haben Liechtensteins Steuerbehörden dem Druck der US-Staatsanwälte nachgegeben und eine Gruppenanfrage beim Mutterhaus der LLB zugelassen. Über dieses Amtshilfegesuch kommen die Amerikaner nicht nur zu Informationen über US-Kontoinhaber in Liechtenstein. Sie erhalten auch die Namen der wirtschaftlich Berechtigten, die hinter Stiftungen stehen und über ein Konto bei der LLB verfügen. Aus dem Schreiben der Steuerbehörde geht hervor, dass alle Kunden oder Stiftungen betroffen sind, deren Kontostand zu einem beliebigen Zeitpunkt seit 2004 bei mehr als 500’000 Franken lag. Weder ein Verdacht noch ein Hinweis, dass der Betroffene Steuern hinterzogen haben könnte, sind nötig.
Quelle: Tages Anzeiger

Anmerkung WL: *Und Deutschland gibt sich mit einem Freibrief für Steuerhinterzieher und Schweizer Banken zufrieden. Im neuen Spiegel kann man sogar nachlesen, dass die Schweizer Bundesanwaltschaft gegen deutsche Steuerfahnder nach wie vor den Vorwurf der Anstiftung zum „Datenklau“ erhebt.*

7. **Bundestag beschließt umstrittenes Meldegesetz in 57 Sekunden**
Die Debatte um das umstrittene neue Meldegesetz bekommt eine neue Dimension, die

direkt die Abgeordneten betrifft: Denn am 28. Juni dauerte es nur 57 Sekunden, bis die Regelung, immerhin eines der umstrittensten Gesetzesvorhaben der letzten Wochen, durch den Bundestag gewinkt war. Fünf Minuten zuvor war an diesem Abend das EM-Halbfinalspiel Deutschland gegen Italien angepfiffen worden. Nur wenige Abgeordnete saßen im Plenum, wie das Video des Bundestags zeigt. Die Reden der Mitglieder des Bundestags wurden lediglich zu Protokoll gegeben. Zwei Beratungen inklusive Abstimmung in knapp unter einer Minute also – dadurch passierte das Gesetz das Parlament geradezu im Eiltempo.
Die Neuregelungen würden es Meldeämtern erlauben, persönliche Daten von Bürgern an Firmen und Adresshändler weiterzugeben.
Quelle 1: Berliner Morgenpost
Quelle 2: YouTube Bundestagsabstimmung

Anmerkung unseres Lesers J.R.: *Ist das alles wirklich so verwunderlich?*
Ein Volk von Fußballfans wählt einen Bundestag von Fußballfans …
"Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus."

Siehe dazu: Entwurf des Gesetzes zur Fortentwicklung des Meldewesens [PDF – 454 KB] – Insbesondere § 44

Anmerkung WL: *Wäre die Angelegenheit nicht über Blogs im Internet öffentlich gemacht worden, hätte niemand etwas von der Verabschiedung dieses Gesetzes gemerkt. Dass die SPD das Gesetz nun im Bundesrat stoppen will, kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Opposition mal wieder geschlafen hat.*

8. **Rürup kritisiert DGB-Rentenpläne**
Rentenexperte hält Gewerkschaftskonzept für „rentenpolitischen Illusionistentrick".
Quelle: Ihre Vorsorge

Anmerkung MB: *Was für eine Ironie. Der große alte Theaterschauspieler vieler Rentendramen, der neben seinen langjährigen Stammbühnen Sachverständigen Rat (Wirtschaftsweisen) und Sozialbeirat zahlreiche Gastspiele bei anderen Bühnen wie MLP oder Allianz hatte und nun dauerhaft mit dem Illusionskünstler Nummer 1 Maschmeyer zusammen arbeitet, wirft dem DGB Illusionstricks vor. Von Rürups vielfältigen Rollen und den Regisseuren im Hintergrund erfahren wir bei „Ihre Vorsorge", dem „unabhängigen Altersvorsorgeberater" der Regionalträger der Deutschen Rentenversicherung und der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-*

Bahn-See gar nichts. Sogar im Handelsblatt, in dem Rürup schreibt und das sicher keine linksradikale Kampfzeitung ist, finden wir eine Fußnote dazu.

9. **Was ist uns Pflege wert? Immer mehr unterfinanzierte Leiharbeiter in Pflegeberufen**
   Immer mehr Pflegekräfte sind als Leiharbeiter in den Krankenhäusern und Altenheimen angestellt. Trotz ihrer Tätigkeit in sehr verantwortungsvollen Berufen, wird bei ihnen gespart. Der beschlossene Mindestlohn für Pflegeberufe wird unterwandert. Es wird eine gesellschaftliche Debatte über den Wert der Pflege gefordert.
   Quelle 1: detektor.fm (Einleitungstext)
   Quelle 2: detektor.fm [Audio – mp3]
10. **„Vater der Methode ist sicher der Wunsch, die Statistik zu schönen“**
    Die Frequenz von Hartz-IV-Zwangsumzügen in der Hauptstadt ist nach Ansicht der Piratenfraktion im Abgeordnetenhaus wesentlich höher als offizielle Zahlen vermuten lassen. Alexander Spies, der arbeits- und sozialpolitischen Sprecher der Fraktion, vermutet, dass dahinter unter anderem ein immobilienpolitisches Kalkül stecken könnte.
    Quelle: Telepolis
11. **Bestechliche Beamte**
    Wegen Korruptionsdelikten haben Strafverfolgungsbehörden im vergangenen Jahr 34 Ermittlungsverfahren gegen Bundesbedienstete eingeleitet. Das geht aus dem neuen Jahresbericht des Bundesinnenministeriums zur “Korruptionsprävention in der Bundesverwaltung” hervor…
    Die Verfahren betreffen das Bundespräsidialamt und sechs Ministerien. Beinahe die Hälfte aller Verfahren, nämlich 15, fallen auf die nachgeordneten Bereiche des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.
    Die zweitmeisten Ermittlungsverfahren hat das Bundesfinanzministerium mit neun Verfahren in seinen nachgeordneten Bereichen.
    Quelle: Zeit.de
12. **Experten befürchten Chaos beim Einschreiben**
    Seit Jahren basteln Bund und Länder vergeblich an einem neuen Studienzulassungsverfahren in den begehrten Numerus-clausus-Fächern, nachdem die alte ZVS politisch zerschlagen wurde. Doch das System funktioniert noch immer nicht – in diesem Herbst droht Studienbewerbern erneut ein Chaos…
    Grund für die Probleme ist, dass das seit 2009 angekündigte, neue zentrale Studienzulassungssystem via Internet für die begehrten NC-Studiengänge immer noch nicht funktionsfähig ist, weil in den Hochschulverwaltungen noch mit extrem

veralteter Software gearbeitet wird.
Der aktuellen Erhebung der Kultusminister zufolge konnten wegen der technischen Probleme von den 271 staatlichen Hochschulen bisher erst 17 an das neue "Dialogorientierte Serviceverfahren" (DoSV) angeschlossen werden.
Bundesweit ist die Studienzulassung über das Internet erst für lediglich 22 von insgesamt 3246 Bachelorstudiengängen mit örtlichem Numerus-clausus möglich…
Im vergangenen Wintersemester 2011/2012 konnten nach den internen Berichten von KMK und Bundesbildungsministerium wegen der fehlenden bundesweiten Abstimmung bei der Hochschulzulassung erneut mehr als 13.000 Studienplätze in den begehrten Mangel-Studienfächern nicht besetzt werden.
Quelle: SZ

Anmerkung WL: *Siehe dazu schon vor drei Jahren „Hochschulzulassung oder das Chaos der Hochschul-Autonomie" oder „Hochschulzulassung: Vom Versagen der Politik und der Scheu vor Verantwortung [PDF – 78.7 KB]".*
Wer meint bei diesem Chaos ginge es nur um technische Unfähigkeit, der irrt. Es geht darum, dass man die zentrale Zulassungsstelle, die über Jahrzehnte den vorhandenen Mangel effizient verwaltete hat aufgrund eines Dezentralisierungswahns der Kultusministerkonferenz zerschlagen hat und die „autonomen" Hochschulleitungen sich wie mittelalterliche Duodezfürsten aufspielen. Das alles zu Lasten tausender studierwilliger junger Menschen, die aufgrund dieses Chaos keinen Studienplatz bekommen und ihnen dadurch ihre berufliche Zukunft verbaut wird. Dahinter steht tausendfache Enttäuschung und Resignation.
Siehe dazu auch „Bildung in Deutschland – der reinste Hürdenlauf". In Schule und Studium müssen viele Menschen zu viele Hürden überwinden, um an ihr Ziel zu gelangen.

13. **Michael Hartmann: Exzellenzinitiative: „Vorn liegen die üblichen Verdächtigen"**
Der Wettbewerb festigt die traditionellen Strukturen. Von den bisher geförderten Universitäten, Exzellenzclustern und Graduiertenschulen sind über 80 Prozent bestätigt worden, von den Neuanträgen ist dagegen nicht einmal die Hälfte durchgekommen. Letztere wurden zudem fast durchweg von schon in den ersten beiden Runden erfolgreichen Universitäten eingereicht…
Die entscheidende Kommission war von vornherein so zusammengesetzt, dass die Mediziner und Naturwissenschaftler im Vorteil waren. Sie stellten über die Hälfte der Kommissionsmitglieder und diese Fächer kennen sich seit langen Jahren zudem durch gemeinsame Forschungsprojekte und im Falle der Mediziner auch gemeinsame

Ausbildungspassagen. Das garantiert ihren großen Erfolg. Die Ingenieure haben zumindest noch Verbindungen zu den Naturwissenschaftlern, die Geistes- und Sozialwissenschaftler bleiben außen vor. Außerdem benachteiligte das Format der großen Cluster die Geistes- und Sozialwissenschaften ebenfalls von vornherein. Eine reine Leistungselite gibt es hier ebenso wenig wie in anderen gesellschaftliche Bereichen, etwa der Wirtschaft. Es geht bei Eliten immer um die Verteilung und Reproduktion von Machtpositionen. Wer hat, dem wird gegeben. Das gilt für die Fachdisziplinen, aber auch für die Universitäten. Vorn liegen die üblichen Verdächtigen. Sie profitieren von ihrer Tradition, ihrer Finanzkraft und der Existenz möglichst vieler Max-Planck-Institute am selben Ort. Wer all das nicht aufweisen kann, hatte keine Chance.
Quelle: Was bildet ihr uns ein, blogspot

14. **Syrien – tödliche Sackgasse?**
Täglich sterben Zivilisten, Soldaten, Aufständische. Täglich wird gefoltert, grausam gemordet, geplündert, werden Demonstrationen blutig niedergeschlagen. Sogar vor Kindern macht das Morden nicht Halt. Für die Menschen in Syrien herrscht Krieg, auch wenn das Wort offiziell noch selten ausgesprochen wird. Kofi Annans Friedensplan steht vor dem Aus, die UN-Beobachter können bestenfalls Informationen für die neueste Todesstatistiken sammeln. Das Blutvergießen geht ungebremst weiter. Welcher Ausweg bleibt Syrien? Und was verbirgt sich hinter diesem Konflikt? Ist es ein Stellvertreterkrieg, in dem die sunnitischen Golfstaaten Qatar und Saudi Arabien die “Freie Syrische Armee” aufrüsten und damit auf den Iran zielen? Unterstützt der Iran den Diktator Assad mit Waffen und Milizen um den schiitischen Einfluß in der arabischen Welt zu vergrößern? Derweil wird auch der Libanon immer stärker in den Konflikt mit hineingezogen und zur Drehscheibe des Waffenhandels. Eine Dokumentation der ARD-Korrespondenten Jörg Armbruster und Thomas Aders.
Quelle: ARD

Anmerkung WL: *Die Sendung zeichnet ein weitaus differenzierteres Bild, als dies üblicherweise in den Medien der Fall ist, wo Assad als der böse Diktator und die Aufständischen als Kämpfer für Freiheit und Demokratie dargestellt werden. Was etwas zu kurz kommt, das sind die Motive, die Qatar oder Saudi Arabien mit ihren Waffenlieferungen an die Aufständischen verfolgen, mit Sicherheit geht es diesen Staaten nicht um den Aufbau der Demokratie in Syrien. Und ob mit der Unterstützung der Aufständischen durch die westlichen Staaten dieses Ziel erreichen würden, muss man nach den Erfahrungen etwa mit Ägypten gleichfalls in Zweifel ziehen.*

Siehe dazu auch:

15. **Assad weist alle Schuld von sich**
    Schuld an der Gewalt seien Terroristen, er sieht Syrien als Opfer einer Verschwörung des Auslands. Diesen Vorwurf wiederholt Assad auch jetzt, im Gespräch mit dem Publizisten Jürgen Todenhöfer: Die Mehrheit der Getöteten seien in Wahrheit Anhänger der Regierung, Täter seien Al Kaida oder andere Extremisten. Die seien unter anderem auch für das Massaker in Al Hula verantwortlich. Den USA gibt Assad – erneut – eine Mitschuld am Blutvergießen in seinem Land: “Sie sind Teil dieses Konflikts. Sie spannen einen Schirm auf und bieten diesen Banden politischen Schutz, um Syrien zu destabilisieren.”
    Quelle: Tagesschau.de
16. **Zu guter Letzt: Den Banken**

    Quelle: Stuttmann